

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-008499/2011
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

Pino Arlacchi (S&D), Vasilica Viorica Dăncilă (S&D), Gabriele Albertini (PPE), Bendt Bendtsen (PPE), Ioan Mircea Pașcu (S&D), Giommaria Uggias (ALDE), Santiago Fisas Ayxela (PPE), Vincent Peillon (S&D), Silvia Costa (S&D), Guido Milana (S&D), Emilie Turunen (Verts/ALE), Rui Tavares (Verts/ALE), Raúl Romeva i Rueda (Verts/ALE), Kriton Arsenis (S&D), Franziska Katharina Brantner (Verts/ALE), Alexandra Thein (ALDE), Mariya Nedelcheva (PPE), Katarína Neved'alová (S&D), Amalia Sartori (PPE), Simon Busuttill (PPE), Ana Gomes (S&D), Marielle De Sarnez (ALDE), Liisa Jaakonsaari (S&D), Francesco De Angelis (S&D), Marietta Giannakou (PPE), Harlem Désir (S&D), Robert Rochefort (ALDE), Kyriakos Mavronikolas (S&D), Vincenzo Iovine (ALDE), Antonio Cancian (PPE) und Filip Kaczmarek (PPE)

Betrifft: Verspätete Hilfsleistungen an Tunesien und Ägypten

Im Mai 2011 vereinbarten die reichsten Länder der Welt, Tunesien und Ägypten mit einem Multi-Milliarden-Dollar-Paket beim Übergang zur Demokratie und bei ihren wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen. Auf ihrem Gipfeltreffen in Deauville verpflichteten sich die G8-Mitglieder gegenüber den beiden arabischen Ländern zu einer Mischung aus Schuldenerlass, Hilfgeldern und Beistand, das ihnen beim Aufbau demokratischer Ordnungen helfen sollte.

Inzwischen gab der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso bekannt, dass zusätzlich zu den 5,7 Mrd. EUR, die bereits für den Zeitraum 2011-2013 im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik bereitgestellt wurden, aus anderen vorhandenen Quellen weitere Finanzmittel in Höhe von 1,24 Mrd. EUR zur Unterstützung der ENP übertragen werden sollen. Ferner stimmte der Europäische Rat dem Vorschlag der Hohen Vertreterin Ashton zu, für denselben Zeitraum das Darlehensvolumen der Europäischen Investitionsbank für den südlichen Mittelmeerraum um eine Milliarde EUR zu erhöhen.

Nach Äußerungen der Finanzminister Tunesiens und Ägyptens zu schließen, haben die beiden Länder bislang nur einen Bruchteil des von der internationalen Gemeinschaft versprochenen 40-Milliarden-Dollar-Pakets erhalten. Es muss unterstrichen werden, dass Verspätungen bei der Auszahlung der internationalen Hilfgelder die seit dem Arabischen Frühling laufenden fragilen Übergangsprozesse erschweren könnten, was insbesondere für Tunesien zutrifft, wo die Regierung Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Hochschulabgänger schaffen muss, die sich gegen das frühere Regime erhoben hatten.

1. Kann die Kommission angesichts der Dringlichkeit der Lage und des Handlungsbedarfs bei der Unterstützung der demokratischen Ambitionen der beiden Länder erläutern, aus welchen Gründen sich die Auszahlung der bereitgestellten Mittel verzögert?
2. Mit welchen Mitteln will die Kommission für eine schnellere Auszahlung dieser Mittel sorgen?